

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P XXI/89

Bonn, den 10. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>In Bewährungsprobe</u> Zum Deutschlandgespräch der Parteien	22
1	<u>Ohne China geht es nicht</u> Zur dritten chinesischen Atombombenexplosion	22
2	<u>Die Pflicht zu sachkundiger Antwort</u> Eine ernste Kritik am Verhalten der Bundesgesundheitsministerin in der Fragestunde Von Dr. med. Horst Schmidt, MdB	38
3 - 4	<u>Was immer noch im Büchern steht ..</u> Unkraut der Intoleranz Von Johannes Rau, MdB, Nordrhein-Westfalen	95
5	<u>Der Balkan zwischen den Mächten</u> Rusk in Ankara - Couve de Murville in Bukarest und Sofia Von Dr. Basil P. Matheopoulos	55
6	<u>Ein Leuchten verlosch</u> Zum Tode des niederländischen Bischofs W. K. Bekkers Von Günter Grossmann	49

* * *

In Bewährungsprobe

Zum Deutschlandgespräch der Parteien

sp - Nun liegt es an den juristischen Experten aller drei im Bundestag vertretenen Parteien, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der, ohne Aufgabe von Rechtsgrundsätzen, einen Auftritt von SED-Rednern in der Bundesrepublik ermöglicht, falls es zum Schlagwechsel zwischen SPD und SED überhaupt kommen sollte. Es hat darüber viel Streit und Aufregung gegeben, die Gemeinsamkeit der Parteien in der Deutschlandpolitik drohte zu zerbrechen. In einem fünfstündigen Gespräch haben sich nun die Wolken wieder verzogen, den drei Bundestagsfraktionen wird am 16. Mai ein gemeinsam formulierter Gesetzentwurf zur Entscheidung vorliegen. Aber seine Aufnahme dürfte es kaum noch Zweifel geben. Das ist vor dem Hintergrund der letzten Tage ein großer Fortschritt. Die Deutsche Öffentlichkeit wird ihn mit Erleichterung zur Kenntnis nehmen, nimmt er doch der SED den Vorwand, unter Berufung auf angebliche Gefahren für die Sicherheit ihrer Redner sich vor Versammlungsaustausch zu drücken. 80 Prozent der Bevölkerung wünschen und bejahen diese vor dem ganzen deutschen Volk zu erfolgende Konfrontation, sehen ihr mit Erwartung, wenn auch ohne Illusionen, entgegen.

Unmittelbarer Anlaß für das zweite Deutschlandgespräch der Parteien war die aktuelle, zweitwellig stürmische Wellen auslösende Frage eines gesicherten Redneraustausches. Zu wünschen wäre, daß künftige Gespräche ohne aktuell zwingende Veranlassung stattfänden. Die Behandlung der weitaus größeren Probleme, die ihr starkes Eigengewicht haben, muß darunter leiden. Der vorgesehene Redneraustausch ist nur ein Teilaspekt der deutschen Frage. Unser Volk ist besorgt über die Entwicklung innerhalb der NATO. Die bisherige Sicherheitspolitik bedarf einer den sich anbahnenden Entwicklungen gerecht werdenden Überprüfung und die zu erwartenden Moskauer Vorstöße in Richtung einer europäischen Friedenskonferenz verlangen ein Höchstmaß von Elastizität und Abwehrkraft aller im Bundestag vertretenen Parteien. - Grund also genug, das Parteiengespräch über die Deutschlandpolitik in einen Rahmen zu stellen, der übergeordneten Notwendigkeiten entspricht. Die Gespräche sollten systematisch fortgesetzt werden.

* * *

Ohne China geht es nicht

Zur dritten chinesischen Atombombenexplosion

sp - Weltweit sind die Wirkungen der dritten chinesischen Atombombenexplosion. Sie schockiert die unmittelbaren Nachbarn des kommunistischen China, besonders Indien und Japan und ermuntert andere Länder, es China gleichzutun und selbst Atommacht zu werden. Die Abrüstungsgehnungen der Vereinten Nationen haben einen schweren Rückschlag erlitten. Wie ist eine Abrüstung im Weltmaßstab überhaupt noch möglich und denkbar, wenn die dritte Weltmacht sich allen Bestrebungen widersetzt und sich absichts stellt? China gehört nicht den Vereinten Nationen an, seine Aufnahme in diese Weltorganisation wird auf die Dauer unvermeidlich sein. Weltprobleme lassen sich ohne die Mitwirkung Chinas, das ein Viertel der Weltbevölkerung stellt, nicht mehr lösen. Noch ist das kommunistische China zu nuklearer Erpressung nicht fähig, doch der Zeitpunkt rückt in bedenkliche Nähe. Die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen könnte vielleicht den Ehrgeiz seiner kommunistischen Führer befriedigen und sie aus der Isolierung herauslösen, in der sie sich befinden. Ein isoliertes, bindungsfreies, die Weltmeinung mißachtendes China bleibt eine unheimliche, die Welt vor viele Rätsel und barge Fragen stellende Größe.

* * *

Die Pflicht zu sachkundiger Antwort

Eine ernste Kritik am Verhalten der Bundesgesundheitsministerin in der Fragestunde

Von Dr. med. Horst Schmidt, MdB

Die Fragestunde ist eine Einrichtung der parlamentarischen Demokratie, die nicht nur dem Abgeordneten die Möglichkeit gibt, die Regierung zu fragen und eine Antwort zu erhalten. Sie dient auch, sinnvoll gebraucht, dem parlamentarischen Wechselspiel und der Kontrolle der Regierung. Allerdings kann sie zur Farce werden, wenn Regierungsvvertreter nur unzulängliche und ausweichende Antworten geben, zu polemisieren anfangen oder die nötige Sachkenntnis vermissen lassen. In solchen Fällen bedarf es einer ernsten Mahnung.

Es ist deshalb an der Zeit, das Verhalten der Bundesgesundheitsministerin in den Fragestunden des Bundestages mit aller Deutlichkeit und in aller Öffentlichkeit kritisch unter die Lupe zu nehmen. Am Beispiel der letzten Fragestunde im April wird nämlich deutlich, daß Frau Dr. Schwarzhaupt auf objektive Fragen keine befriedigenden Antworten gibt. Dazu einige Beispiele:

1. Zunächst darf der Abgeordnete auf klare Fragen klare Antworten erwarten und nicht einhaltende Ausflüchte wie "prüfen lassen", "zunächst abwarten", "dazu im Augenblick nichts sagen", "später schriftlich beantworten".
2. Auch offensichtliche Widersprüche müssen zurückgewiesen werden. Es geht nicht, daß in einer Frage die finanziellen Beihilfen des Bundes im Krankenhaussektor herausgestellt werden und bei einer anderen Frage zum gleichen Problem Finanzierungshilfen unter Hinweis auf das Grundgesetz verneint werden.
3. Bei konkreten Zahlen müssen exakte Zahlen erwartet werden und nicht Vermutungen, wie beispielsweise bei der Frage nach der Zahl der Tuberkuloseerkrankungen bei Gastarbeitern, die ohne weiteres über die Versicherungsträger zu erfahren gewesen wären.
4. Auch auf konkrete Zusatzfragen müssen konkrete Antworten verlangt werden, besonders, wenn die Tatbestände schon längere Zeit, sogar Jahre, bekannt sind. So ist es bedauerlich, wenn im Hinblick auf laufende öffentliche Diskussionen die Fachministerin nichts über die Arbeitsmedizin als Prüfungsfach in anderen Ländern sagen kann oder nicht die genaue Höhe der Krebsforschungsmittel ihres Ressorts kennt.

Diese und andere Beispiele zeigen deutlich, daß die zuständige Fachministerin nicht in der Lage ist, den Anforderungen an dieses Amt zu genügen. Parlament und Öffentlichkeit haben ein Anrecht auf sachkundige und klare Information. + + +

Was immer noch in Büchern steht

Unkraut der Intoleranz

Von Johannes Rau, MGL, Nordrhein-Westfalen

Das Gespräch über Bildungsnot und Bildungsnotstand hat seit einigen Jahren die Schallmauern der Fachdiskussion durchbrochen und ist mit unterschiedlichem Gewicht und verschiedenen Akzenten, zum allgegenwärtigen bewegenden Thema - und gewißlich auch ein bißchen zur Mode - geworden. Drei Fragen stehen im Mittelpunkt: 1. Wo sind die Menschen und wie sind sie auszubilden, denen Erziehungsaufträge gegeben werden können (Lehrermangel)? 2. Wie finanzieren und errichten wir Räume, in denen Bildung geschehen kann (Schulraumnot, Hochschulweiterungen und neue Hochschulen)? 3. Wie verhalten sich überkommene Bildungswerte und Bildungswege zu den neuen Herausforderungen, die unsere Gegenwart und die nächste Zukunft an die Orientierungsfähigkeit des Menschen stellen wird (Bildungsreform)?

Niemand bestreitet, daß diesen Fragen alle Aufmerksamkeit zukommt. Dennoch ist es nur scheinbar ein Nebengleis, wenn ich auf einige beträchtliche Schwächen eines wichtigen Hilfsmittels hinweise, das zuerst im bayrischen und für den bayerischen Bereich von Frau Hildegard Harm-Brücher (FDP) in die öffentliche Diskussion gebracht wurde: den Schulbüchern. Daß das Amtsblatt des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums gerade eine Sondernummer mit den für den Gebrauch in Schulen genehmigten Büchern herausbrachte, mag als konkreter Anlaß gelten.

Die nicht nur in Bayern, sondern auch in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern genehmigte "Pibel" "Im Wundergarten" bringt Sechsjährigen das Lesen und Schreiben nicht nur in falscher Kindertümellei, sondern offenbar in größter Zeitnähe bei. Da lernen wir bei der Entdeckung der Wohnung auch den Keller kennen. Und zwar so:

- * Alle sind im Keller. Es kracht und kracht. Wird es brechen oder brennen? Die Kinder weinen. Die Frauen beten. Aber der gute Keller bricht und brennt nicht. Er allein kann die Frauen und Kinder schützen. Wie notwendig brauchen sie den guten Keller.

Fragen über Fragen. Wird diese Situation die erste Begegnung zwischen Kindern und Kellern sein? Hat der Autor keine anderen Kindheits-erinnerungen an den Keller? Wie ist die Funktionsverteilung zu verstehen, nach der Kinder weinen und Frauen beten? Wo sind die Männer? Kann wirklich "allein" der Keller schützen, trotz der Gebete der Frauen? Was geschieht mit denen, die nicht im Keller sind und "dennoch" beten? Und umgekehrt? Sind Kinder die richtigen Adressaten der Popularisierung des Luftschutzes? Wie wäre es mit dem Versand der Pibel "Im Wundergarten" an alle Mitglieder der Koalitionsparteien, die im Zusammenhang mit dem Haushaltssicherungsgesetz die Schutzbaufinanzierung vertagt haben?

In der "Ährenfibel", einer Ganzheitsfibel von Josef Bey, 7. Auflage, Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1963, erneut genehmigt durch das Amtsblatt Sonderausgabe A des Kultusministeriums Nordrhein-Westfalen (seit 1951 im Gebrauch), findet sich auf Seite 88 folgendes Lesestück:

- * Wer nicht betet.
- * Ein frommer Bauer aß in der Schenke eines fremden Dorfes zu Mittag. Der fromme Bauer nahm sein Käppchen ab und betete still für sich sein Tischgebet.
- * Ein böser Bursche lachte und fragte ihn:
- * "Nun, wird bei euch noch gebetet? Sind alle so fromm bei euch?"
- * "Ach nein!", antwortete der Bauer, "hinten in meiner Hofe ist ein Häuslein, da wohnen zwei drin, die beten niemals, sondern schlürfen und schmatzen gierig darauf los und denken nicht an den Geber aller Gaben."
- * Da verstummte der Spötter; denn er merkte wohl, daß der Bauer seine Schweine meinte.

Fragen über Fragen. Selbst denn noch, wenn man sprachliche Hürden wie "Schenke", "Käpplein" und "Häuslein" überwunden hat. Wievielen Lehrern mutet die Genehmigungsbehörde das pädagogische Kunststück zu, die subjektive Frömmigkeit des Bauern abzugrenzen gegen die naheliegende Quintessenz "Wer nicht betet, ist ein Schwein"? Ist das Tischgebet unauflösbares, deutliches Kennzeichen persönlicher Frömmigkeit oder liebenswerte Sitte in ländlich gebliebenen Bereichen? Wie hängen Frömmigkeit, Sitte und gedankenloses Plappern zusammen? Kann die Bibelgeschichte das pädagogisch leisten, was sie über Lesenlernen und Schreibenlernen hinaus hier leisten soll? Wie werden Religionslehrer hier ihren Kollegen assistieren können?

Keine Frage ist diese Poststellung: Nach Artikel 2 Absatz 2 der Landesverfassung und nach Paragraph 1 Absatz 5 des Schulorganisationsgesetzes (SchOG) für Nordrhein-Westfalen soll die Jugend "zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen" erzogen werden und ist "in Erziehung und Unterricht alles zu vermeiden, was die Empfindungen Andersdenkender verletzen könnte". Wie lernen Kinder aus nichtchristlichen Familien auf der Basis des Elternrechts mit der "Katharbibel" Lesen und Schreiben?

Wer auf solche Weise bis in die Oberstufe eines Gymnasiums gelangt ist, kann in dem Lehrbuch für den katholischen Religionsunterricht an höheren Schulen "Licht und Leben", Oberstufe, Katholische Sittenlehre von Dr. Fritz Tillmann, 19. Auflage, Patmos-Verlag Düsseldorf 1964 lesen. Er wird einen Satz finden, der den Sozialismus verteidigt. Obgleich der Verlag inzwischen eine andere, weit bessere Sittenlehre vorzuweisen und anzubieten hat, ist das seit 1952 eingeführte und 1964 zuletzt (zum letzten Mal?) gedruckte Lehrbuch im April 1966 noch einmal ausdrücklich vom nordrhein-westfälischen Kultusminister (Sondernummer A des Amtsblattes) genehmigt worden. Die Verteidigung des Sozialismus liest sich so:

- * Man darf den Sozialismus nicht einfach mit der parteipolitischen Sozialdemokratie gleichsetzen. Diese ist eine agitatorisch vergröberte Spielart des Sozialismus, die jeder katholische Christ schon aus ihrer religionsfeindlichen Haltung willig ablehnen muß.

Keine Fragen mehr. Nur noch die, ob es nicht höchste Zeit ist, nicht nur punktuell, sondern generell eine Durchforstung aller Schulbücher vorzunehmen, die nicht nur nach Zeitnähe und Prägnanz fragt, sondern auch das Unkraut der Intoleranz, der kurzschlüssigen Nutzenwendungen und der böswilligen Verzeichnungen entschlossen jätet.

Der Balkan zwischen den Mächten

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Während der Französische Außenminister Couve de Murville in Bukarest und Sofia wichtige Gespräche führte, hielt sich der amerikanische Außenminister Rusk in Ankara auf, um an der C E F T O - Konferenz teilzunehmen. Bei dieser Gelegenheit verhandelte er trotz starker anti-amerikanischer Studentendemonstrationen, die sich in der letzten Zeit in allen größeren türkischen Städten wiederholten, mit der türkischen Regierung über die Frage einer Revision der bilateralen türkisch-amerikanischen Militärabkommen. Ankara hatte sich Anfang April bereit erklärt, General de Gaulles Pläne über eine Reform der NATO zu unterstützen, gleichzeitig aber eine außerordentliche Wirtschaftshilfe in Höhe von zwei Milliarden Dollar von Washington gefordert. Nachdem Außenminister Rusk von diesen konkreten Forderungen orientiert wurde, begann ein türkisch - amerikanischer Dialog auf diplomatischer Ebene.

Auf der anderen Seite der Balkanhalbinsel, die dem Ostblock angehört, stattete Couve de Murville Staatsbesuche in dem sich auf dem Wege zur Emanzipation befindenden Rumänien und in dem Moskau-treuen Bulgarien ab. Die beiden Besuche standen unter dem Zeichen einer neuen französischen Europa-Politik, die kürzlich von General de Gaulle konkretisiert wurde: Seiner Meinung nach muß Frankreich die Initiative ergreifen um zu den Ostblockländern Europas gute Beziehungen herzustellen, die alleine den Frieden auf unserem Kontinent sichern können.

Couve de Murville erwiderte die Besuche des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer und des bulgarischen Außenministers Bassew. Sie im vorigen Jahr nach Paris gekommen waren. Seine Gespräche beschränkten sich jedoch nicht nur auf die üblichen Höflichkeitserklärungen, sondern zeigten politische Ergebnisse. Mit den Rumänen wurden wichtige Wirtschaftsvereinbarungen getroffen, so unter anderem die Erweiterung des Austausches von Lehrkräften, Wissenschaftlern und Ingenieuren und die Erhöhung des Außenhandelsvolumens; in Sofia wurde Staatspräsident de Gaulle einladen, Bulgarien zu besuchen, französischerseits werden der bulgarische Ministerpräsident und der Regierungschef in Paris erwartet. Eine der ersten Auswirkungen der Reise Couves in beide Ostblockländer war die Öffnung sowjetischer, rumänischer und bulgarischer Häfen im schwarzen Meer für Einheiten der französischen Flotte.

Während die Türkei versucht, ihre geographische Lage auszuwerten um eine Marshallhilfe von den Vereinigten Staaten zu verlangen, und Rumänien die sowjetisch - chinesischen Konflikte als Ablenkung von den eigenen Emanzipationsbestrebungen zustatten kommen, erscheint als dritter Faktor auf dem Balkan der chinesische Drache, nämlich in dem Zwergstaat Albanien. In einer Zeit, in der Peking diplomatische Schlappen hinnehmen mußte - die Vertagung der afro-asiatischen Konferenz und der Rückzug Kubas von den chinesischen Linien -, konnte es seinen einzigen Vasallen in Europa, Tirana, weiterhin halten. Die albanischen Führer, die seit 1948 eine ständige, stark anti-titoistische Kampagne geführt hatten, benötigten in der Zeit der Ausehnung zwischen Moskau und Belgrad eine Rücken-deckung, die sie in der "Zentrale des Anti-Revisionismus", nämlich in Peking fanden. Da die Kontrolle der Rotchinesen aufgrund der Entfernung von Tausenden von Kilometern nie hundertprozentig durchgeführt werden kann, betrachtete Tirana die 1960 erfolgte Wachablösung der sehr viel näheren sowjetischen Macht zugunsten Pekings als den besten Weg.

Dieses Bild zeigt, daß der neuralgische Balkanraum im Frühjahr dieses Jahres wiederum eine neue Bedeutung auf internationaler Ebene gewinnt: Die möglichen Tendenzen zu einem anderen Gleichgewicht werfen in Washington und in Moskau schwerwiegende Probleme auf.

Ein Leuchten verlösch

Zum Tode des niederländischen Bischofs W. M. Bekkers

Von Günter Grossmann

In den Morgenstunden des Montag, 9. Mai, hat das Herz des Bischofs von 's Hertogenbosch aufgehört zu schlagen. Eine sich selbst verzehrende Flamme der Liebe zum Mitmenschen ist erloschen. Wochenlang haben Nane und Ferno um des Leben eines Mannes gebangt, der für sie mehr war als der Oberhirte eines katholischen Bistums in den Niederlanden. Täglich kamen Sorge von Genesungswünschen im Krankenhaus von Tilburg ein. "Nicht nur Katholiken, auch Protestanten und Juden nehmen Anteil", konnte der schwerkranke Bischof noch vor kurzem einem Besucher mitteilen.

Was hat der freundlichen, lebhaften Mann in der einfachen Soutane so bekannt und beliebt gemacht? Zweifellos haben die Aktivitäten des II. Vatikanischen Konzils zu der Popularität von Bischof Bekkers beigetragen. Er gehörte zu denen, die ganz im Geiste Johannes XXIII. den Aufbruch der katholischen Weltkirche in die Gegenwart und Zukunft repräsentieren. Darüber hinaus strahlte er persönlich eine schlichte Herzensgüte aus, die keinen, der ihm im Leben oder auf niederländischem Bildschirm begegnete, unberührt ließ.

Wilhelmus Marianus Bekkers ist einmal "Bahnbrecher eines unbegrenzten kirchlichen Realismus" genannt worden. Es war aber keine heftische Neuerungswut, sondern ein unerschütterliches Vertrauen in die göttlichen Verheißungen, was der Bischof prägte, der mit 58 Jahren wie ein Mittvierziger wirkte. Unkompliziert wie seine Natur war der Umgang, den er mit seinen Priestern, mit seinen Gläubigen, und mit allen, die sich rat- und hilfesuchend an ihn wandten, pflegte.

Vieles, was Bischof Bekkers tat und sagte, wirkte sensationell, war aber im Grunde weiter nichts als schlichte Verwirklichung des Evangeliums. Er setzte sich unerschrocken für Priester ein, die glaubten, die Würde des Zölibats nicht mehr tragen zu können. Er wandte sich gegen so manches, was Ungöttliches, nur auf Verteidigung bedachten Christen Sicherheit zu gewähren schien. Er wagte sich mutig auf das Feld gläubigen Experimentes, und sein Gottvertrauen gab ihm Recht. Keine Trennung mehr von Kirche und Welt; die Grundwahrheiten rein bewahren, aber die vorüberläufigen Ausdrucksformen der Zeit anpassen - darauf kam es ihm an, und darin folgten ihm auch freudig seine Gläubigen.

Zu den politischen Parteien hatte der Bischof ein gesundes offenes Verhältnis. In einem Interview mit einer deutschen Kirchenzeitung erklärte er u.a.: "Auch finden wir gewisse Auffassungen vom Sozialismus, mit denen wir einverstanden sein können, während wir uns von anderen distanzieren müssen. Der niederländische Sozialismus seinerseits hat viele für die Religion bittere Züge verloren. So wächst auf beiden Seiten Verständnis füreinander. Ich bin fest davon überzeugt, daß gemeinsame Bestrebungen von Katholiken und Sozialisten zunehmen werden."

Mit dem deutschen Bistum Augsburg verband den verstorbenen Bischof eine Freundschaft, die aus der gemeinsamen Sorge für die Märtyrer-Gedächtnisgemeinde Mityana in Uganda erwachsen war. Begegnungen von Priester-Laien-Gruppen und Jugendbesuche von Land zu Land festigten die Bistumsfreundschaft und setzten auch in dieser Hinsicht ein Zeichen für die Zukunft. - Uns allen aber - Christen wie Nichtchristen - bleibt die Hoffnung, daß Leben und Werk von Bischof W. M. Bekkers weiterwirken mögen zum Wohle einer menschenwürdigen Gesellschaft, der das Morgen gehört.